

- ▶ Kolumne
- ▶ Bericht vom Bundes-Parteitag

Seite 1

- ▶ Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Seite 2

- ▶ Wegweiser Europa
- ▶ Termine

Seite 4



Evelyne Gebhardt wurde bereits im ersten Wahlgang in den SPD-Bundesvorstand gewählt.

Europa fest im Bundesvorstand

Die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt aus Mulfingen im Hohenlohekreis wurde in Dresden in den Bundesvorstand der SPD gewählt. Die aus Paris stammende Politikerin erreichte bereits im ersten Wahlgang die notwendige Stimmenzahl für das höchste Führungsgremium der Sozialdemokratischen Partei. Damit ist zusammen mit Martin Schulz das gesamte Europa-Spitzen-Team Mitglied des Parteivorstands.

Evelyne Gebhardt will sich im SPD-Vorstand verstärkt für das soziale Europa einsetzen, weil einzelne Staaten die Herausforderungen der Globalisierung nicht mehr aus eigener Kraft bewältigen können.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit den Wahlen zum Bundesvorstand ist die SPD auf dem Parteitag in Dresden Europa noch ein Stück näher gerückt.

Der Reformvertrag von Lissabon ist nach langem Gewürge endlich unter Dach und Fach.

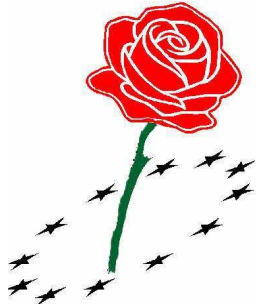
Aus der Sicht einer Europaabgeordneten zwei gute Nachrichten. Aber machen wir uns nichts vor: Diese guten Nachrichten sind zugleich Aufträge.

Aufträge nicht nur an die Mitglieder des Europäischen Parlaments. Aufträge an alle Abgeordneten in Bund und Land und an alle Parteimitglieder: Ihr müsst euch mehr um Europa kümmern. Im Fall der Bundestagsabgeordneten hat das angesichts von Lissabon selbst das Bundesverfassungsgericht verlangt.

Den Dresdener Auftrag hat die älteste Partei Deutschlands ihren Mitgliedern selbst gegeben. Er fordert alle auf: Macht wahr, was im Hamburger Grundsatzprogramm und im Dresdener Leitantrag steht.

Lasst es uns gemeinsam anpacken und mit kräftigen Schritten auf eine soziale und solidarische Gesellschaft in ganz Europa zugehen.

Es grüßt Sie herzlich



(Fortsetzung von Seite 1)

Sie erklärte nach ihrer Wahl: „Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben für eine gerechte und solidarische Gesellschaft gekämpft und gelitten. An uns ist es, mit Herz und Verstand ihren Traum endlich zu verwirklichen.“

Dabei dürften sich die Sozialdemokraten im Tief nach den Wahlniederlagen nicht ablenken lassen, sondern müssten sich auf die eigenen Werte besinnen. Evelyne Gebhardt: „Im engen Kontakt mit der Bevölkerung müssen wir wieder Vertrauen in unseren Weg zum sozialen und solidarischen Staat herstellen, in dem alle zum gemeinsamen Nutzen am gleichen Strang ziehen.“

Sie halte es für eine dringliche Aufgabe des in Dresden neu gewählten SPD-Vorstandes, Fehlentwicklungen zu erkennen, und die Partei im Lichte des erst vor wenigen Jahren modernisierten Grundsatzprogramms zu Korrekturen zu führen, fügte die Abgeordnete hinzu. Evelyne Gebhardt: „Wenn wir uns selbst verleugnen und nach anderen schielen, werden wir nicht weit kommen.“

Aus Baden-Württemberg waren auch Peter Friedrich, Hilde Mattheis und Ute Vogt bei der Wahl zum insgesamt 45-köpfigen SPD-Bundesvorstand erfolgreich.

Aktuelles aus dem Europäischen Parlament

Banken zur Verantwortung ziehen

Mit einer Art „Testament“ in Form von Notfallplänen für angeschlagene Banken will die EU-Kommission Finanzinstitute bei Misswirtschaft zur Verantwortung ziehen. „Bisher genossen Großbanken in Europa einen Freifahrtschein. Gerieten sie in Schieflage, konnten sie sicher sein, dass der Staat in die Breche springt. Sie waren für eine Pleite einfach zu wichtig“, erklärt der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Finanzmarktpolitik, Dr. Udo Bullmann.

Eine Banken-Rettung um jeden Preis soll es in Zukunft nach den Plänen der EU-Kommission nicht mehr geben. „Anstatt das Überleben von Großbanken wie bisher mit Milliarden Steuergeldern zu sichern, werden die Aufsichtsbehörden grenzüberschreitende Notfallpläne für eine mögliche Pleite von Instituten erstellen. Wer dann so schlecht wirtschaftet wie die Hypo Real Estate oder die IKB, riskiert die Abwicklung seiner Bank“, stellt Udo Bullmann klar. Gleichzeitig sollen die Notfallpläne negative Auswirkungen auf die reale Wirtschaft begrenzen.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament begrüßen den Vorstoß. Es müsse jedoch

sichergestellt werden, dass es bei der Entwicklung und gegebenenfalls auch bei der Ausführung der Notfallpläne ein gesamteuropäisches Vorgehen gibt. „Derzeit ist noch nicht klar, welche Rolle die neue europäische Bankenaufsicht spielen soll und welche Aufgaben auf die nationalen Aufsichtsbehörden zukommen. Darüber hinaus brauchen wir nicht nur Notfallpläne für Großbanken, sondern für alle Finanzinstitute inklusive deren Investment- und Versicherungsgeschäft“, fordert Udo Bullmann.

Den Hunger nicht vergessen

Der SPD-Europaabgeordnete Norbert Neuser zeigt sich als Mitglied im Entwicklungshilfesausschuss des Europäischen Parlaments angesichts des Welternährungsgipfels in Rom bestürzt: „Es ist eine Katastrophe, dass der Hunger wieder zunimmt: Alle sechs Sekunden verhungert ein Kind — und das, obwohl sich die Weltgemeinschaft mit den Millenniumsentwicklungszielen eine Halbierung der Unterernährten bis 2015 als Ziel gesetzt hat“, erklärte er. Umso wichtiger sei es, dass die Europäische Union ihr selbst gestecktes Ziel einhält, 0,7 Prozent ihres Bruttonationalproduktes für die Entwicklungszusammenarbeit zu verwenden. Dieses Ziel haben bisher nur einige wenige EU-Länder erreicht. Deutschland gehört nicht dazu.

(Fortsetzung auf Seite 3)



(Fortsetzung von Seite 2)

Norbert Neuser: „Die EU ist mit der Koordinierung der gesamten europäischen Entwicklungsgelder auf dem richtigen Weg, um die Entwicklungszusammenarbeit zu verbessern. Dieser Weg darf jedoch nicht durch zu wenig Geld von den EU-Staaten unterminiert werden.“

Der Entwicklungspolitiker bemängelt weiterhin, dass viele Staaten nur einen halbherzigen Kampf gegen den Hunger führten. So seien kaum westliche Regierungschefs zur Konferenz nach Rom gekommen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel fehlte. Und in der Abschlusserklärung würden keine verbindlichen Zusagen getroffen. Norbert Neuser dazu: „Die selbsternannte Klimakanzlerin Merkel müsste noch engagierter beim Kampf gegen den Hunger sein. Ihre Teilnahme hätte deutlich gemacht, dass die Bundesregierung die Hungernden in der Welt tatsächlich nicht vergisst.“

Blamage für Europas Industriepolitik

Der SPD-Europaabgeordnete und Fraktionssprecher für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Dr. Udo Bullmann, sieht Brüssel und Berlin mitverantwortlich für den gescheiterten Verkauf von Opel. „Den Beteiligten im Bundeswirtschaftsministerium und in der Europäischen Kommission hätte klar sein müssen, dass es nur ein sehr begrenztes Zeitfenster für einen Neubeginn bei Opel gibt. Mit dem Widererstarben von Gene-

ral Motors nach dem Insolvenzverfahren ist diese Chance verfallen. Das Desaster bei Opel ist daher eine Riesen-Blamage für Europas Industriepolitik.“

Als Hauptursachen für das Scheitern sieht Bullmann Naivität im Umgang mit dem GM-Konzern und mindestens Fahrlässigkeit bei der Umsetzung der eigenen Politik. „Anstatt die letzten Stolpersteine für einen Verkauf von Opel an Magna zügig aus dem Weg zu räumen, wurden wettbewerbsrechtliche Fragen zwischen dem deutschen Wirtschaftsministerium und der zuständigen Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes nur schleppend behandelt. Dazu passt auch die zögerliche Haltung des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers zu Guttenberg, der sich anfangs sogar für eine Insolvenz von Opel ausgesprochen hatte. Von einer entschlossenen Industriepolitik und dem Schutz der Arbeitsplätze, die wir in Europa brauchen, sind wir Meilen entfernt.“

Als Folge sei zu befürchten, dass GM die Sanierung des Konzerns auf dem Rücken der Beschäftigten betreiben wird und dabei auch Standortschließungen in Europa in Kauf nimmt, sagte Bullmann.

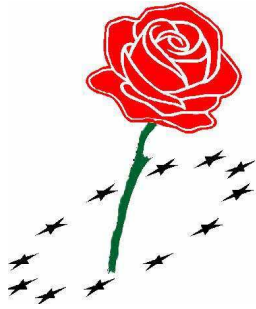
Jo Leinen leitet Delegation beim Klimagipfel

„Ich werde für eine starke Rolle des Europäischen Parlaments in Kopenhagen eintreten“, erklärte der Vorsitzende des Umweltau-

schusses im Europäischen Parlament, Jo Leinen (SPD), nach seiner Wahl zum Leiter der Delegation für die globalen Klimaverhandlungen in Kopenhagen.

Im Dezember werden sich Vertreter der Mitgliedstaaten der UN-Rahmenkonvention zum Klimaschutz in der dänischen Hauptstadt treffen, um über ein neues internationales Klimaabkommen zu verhandeln. Auch das Europäische Parlament wird mit einer Delegation vor Ort vertreten sein, um die Verhandlungen voranzutreiben. Die Abgeordneten im Umweltausschuss hatten bereits zu Beginn dieser Woche mit großer Mehrheit eine Entschließung mit ehrgeizigen Zielen für die Klimaverhandlungen verabschiedet.

„Zuversichtlich stimmt auch die gestrige Entscheidung der Umweltminister, die sich sowohl für eine Emissionsminderung von 80 bis 95 Prozent bis zum Jahr 2050, als auch für Reduktionsziele im Luft- und Seeverkehr ausgesprochen hatten“, sagte Jo Leinen. Die Umweltminister bekräftigten zudem ihre Absicht, im Falle eines erfolgreichen Abschlusses in Kopenhagen die Zusage der EU für 2020 auf 30 Prozent Emissionsminderung zu erhöhen. „Ich bin zufrieden mit dem Ergebnis des Umweltministerrates, erwarte aber nun von den Staats- und Regierungschefs ein klares Bekenntnis zu umfangreichen und raschen finanziellen Unterstützungen für die Entwicklungs- und Schwellenländer“, so Jo Leinen abschließend.



Ein Europa - eine Stimme!

Das Europäische Parlament hat heute mit großer Mehrheit den Bericht zur Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) angenommen. Wolfgang Kreissl-Dörfler außenpolitischer Sprecher der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament, begrüßte das Ergebnis als klares Plädoyer für eine einheitliche europäische Außenpolitik: „Wir haben den Grundstein für eine wirkliche europäische Außenpolitik gelegt. Europa kann nun mit einer Stimme sprechen! Jetzt kommt es darauf an, das Amt des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik genannten Außenministers mit einer starken Persönlichkeit zu besetzen.“

Die Abgeordneten fordern unter anderem in dem Bericht, dass das Europäische Parlament in Zukunft die Budget- und Kontrollrechte über den neuen Dienst haben muss. Auch die inhaltliche Ausgestaltung des EAD soll basierend auf allen verbindlichen Verträgen und Konventionen fortentwickelt werden. Wolfgang Kreissl-Dörfler dazu: „Hier bedarf es aller Anstrengungen der Europäischen Kommission, des Rates und der Mitgliedstaaten, insbesondere unter Einbeziehung des Europäischen Parlamentes, zu einem gemeinsamen Ansatz zu kommen! Allerdings muss klar sein: Der EAD wird eigenständig sein und nicht ein Anhängsel irgendeiner europäischen Institution.“

Wegweiser Europa

Informationen zum Lissabon-Vertrag

Der Weg bis zum Vertrag, die wichtigsten Bestimmungen knapp erläutert, die Einzelheiten der institutionellen Veränderungen und ein Glossar der Fachbegriffe—auf knapp 16 Seiten bringt der „Wegweiser durch den Lissabon-Vertrag“ den Europainteressierten auf den neuesten Stand.

Die Broschüre ist kostenlos als Printausgabe erhältlich und steht im EU-Bookshop zum Download und zum Bestellen bereit.

<http://bookshop.europa.eu>

Arbeiten bei der EU

Über Möglichkeiten, Anforderungen und Auswahlverfahren informiert ein eintägiges Grundlagenseminar von Europa Direkt Trier in Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer (IHK). Es richtet sich vor allem an Schüler/-innen, Studierende, Berufstätige und sonstige Interessierte. Im Vordergrund stehen die EU-Laufbahnen, für die kein Hochschulabschluss erforderlich ist.

Anmeldung bis drei Tage vor Beginn, Kursgebühr 25 Euro. Die nächsten Termine: 8.12. und 10.12. in der IHK Trier.

<http://www.eic-trier.de>

Terminhinweise

20. November
Betriebsbesuch bei der Firma Stahl
Wo? Waldenburg

20. November
Politisches Kaminespräch beim Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter
Wo? Krautheim

27. und 28. November
Ordentlicher Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg
Wo? Karlsruhe

29. November
Jahresfeier AWO Schwäbisch Hall
Wo? Seniorenstift Lindach

Impressum

Redaktion: Peter Gebhardt und Wolfgang Ellsäßer

Europabüro
Keltergasse 47
74653 Künzelsau
Tel.: 0 79 40 – 5 91 22
Fax: 0 79 40 – 5 91 44
EGebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament
60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66
Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66
Evelyne.Gebhardt@europarl.europa.eu

Die nächste Ausgabe von Europa Aktuell erscheint am 10. Dezember.